Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2013 Nr. 03 · 9. Jahrgang

Die „Heidesiedlung“ darf nicht verhökert werden

DIE LINKE.Babelsberg-Zentrum-Ost: Kein Verkauf kommunaler Grundstücke in Potsdam

Es gibt viele Gründe für Umzüge. Sei es ein Arbeitsplatzwechsel, familiäre Veränderungen oder auch einfach nur der Wunsch nach räumlicher Veränderung. Dies gehört zum urbanen Leben und belebt ein Stadtquartier. Aber was in Babelsberg seit Anfang der 90-iger Jahre geschieht, tötet Babelsberg. Hier wurde fast die komplette Bevölkerung des Kiezes ausgetauscht. Fast alle Häuser wurden mit frischer Farbe übergossen, mit gehobenem Standard saniert und die Mieten ins Unbezahlbare getrieben. Ganz Babelsberg ist von Immobilienunternehmern wie Kirsch & Drechsler „überrannt“ worden. Ganz Babelsberg? Nein. Eine kleine Enklave des sozialverträglichen Wohnraums existiert noch in der „Heidesiedlung“, in der Großbeerenstraße. Hier wird noch kollektives Zusammenleben praktiziert. Die Nachbarn kennen sich, feiern zusammen in einem gemeinsamen Partyraum oder auf den Höfen und helfen sich gegenseitig in den alltäglichen Abläufen. Die Mieten sind für alle, ob Studenten, Rentner, Arbeitslose oder auch Handwerker, bezahlbar. Aber auch dieses Kleinod der Babelsberger Wohnlandschaft ist bedroht. Die Pro Potsdam kündigte letztes Jahr an , die „Heidesiedlung“ aus kommerziellen Erwägungen heraus verkaufen zu wollen. Nur durch engagiertes Eingreifen der BewohnerInnen und auch Teilen der Potsdamer Parteienlandschaft, nicht zuletzt der LINKEN, konnte dies bisher verhindert werden. Es behauptet niemand, dass an diesen Häusern nichts saniert werden muss, immerhin sind sie über 80 Jahre alt. Aber wie immer ist es eine Frage der stadtentwicklerischen Absichten, wie hoch die Latte angelegt wird. Die Pro Potsdam sprach von Anfang an davon, dass die Häuser verkauft werden müssten, da man sich eine Vollsanierung nicht leisten könne. Jetzt spricht man auch schon von notwendiger Sanierung, versucht in den Sanierungspreisen ein sozialverträgliches Maß zu finden und misst der Möglichkeit des Verbleibens in der Pro Potsdam, einen großen Stellenwert bei.



Die LINKE Babelsberg-Zentrum Ost fordert: Kein Verkauf der Heidesiedlung, Sanierungsziele nur in Absprache mit den BewohnerInnen und - grundsätzlich - keinen Verkauf kommunaler Grundstücke in ganz Potsdam.

Michél Berlin
OV Babelsberg – Zentrum Ost

LINKE SPITZEN: Von Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den WK 61

Der „Tag von Potsdam“ mahnt zum Frieden

Der 21. März 1933 hatte eine Vorgeschichte und Folgen. Die Vorgeschichte beginnt in der Ära des Preußischen Königs, Friedrich Wilhelm II, dessen Beiname „Soldatenkönig“ Programm sein sollte. Unter ihm wurde die Kulisse für jenen 21. März 1933 erschaffen: Die Garnisonkirche. Sie ist die Versinnbildlichung der Einheit von preußischem Militarismus, aufstrebender Staatlichkeit und Kirche. Sie ist auch ein Symbol für die auf Leichenbergen errichtete Großmachtstellung Preußens.

Nach der Beseitigung der Monarchie 1918 durch die Revolution war die Garnisonkirche ihrer Funktion beraubt. Sie schien ein Relikt vergangener Tage zu bleiben, für die junge Republik von keiner politischen Bedeutung mehr. Für Reaktionäre aller Couleur blieb sie ein Symbol preußischer Mächtigkeit.

Und so war es nur konsequent, dass die Nationalsozialisten ihren Schulterschluss mit dem alten preußischen Militarismus vor dieser Kirche begingen. Kaum ein Ort hätte sich so treffend geeignet, um das Ende der Republik zu begehen und auf ihrem Grab ein Bündnis aus alten und neuen Rechten zu zelebrieren.



Es war ein Bündnis, das in der Tradition preußisch-deutschen Großmachtstrebens stand. Der gesamten Weltöffentlichkeit sollte verständlich werden, dass mit dem Handschlag von Hindenburg und Hitler die kurze Friedensperiode nach dem Ersten Weltkrieg ein Ende gefunden hat. Hitler enttäuschte die Erwartungen dabei nicht. Er begann sofort mit den Vorbereitungen zum nächsten Krieg. Über all dies warf die Garnisonkirche ihren Schatten.

Befürworter des Wideraufbaus betonen gerne, dass dieses Gebäude nichts für seine Instrumentalisierung könne und man die Geschichte der Kirche nicht auf einen Tag (oder eben 12 Jahre, in denen um den „Tag von Potsdam“ ein regelrechter Kult geführt wurde) reduzieren dürfe. Das stimmt. Genau wegen ihrer Bedeutung und Geschichte entschieden sich die Nazis für die bekannte Inszenierung am 21. März 1933. In der Frankfurter Paulskirche hätten sie jedenfalls ihr Bündnis mit Hindenburg nicht gefeiert. Deswegen ist die Wiedererrichtung der Kirche ein Fehler. Sie weist in eine blutige Vergangenheit, nicht in eine friedliche Zukunft.

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT:

3 Brief des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE an alle Mitglieder/Ein Spitzenteam

LINKS IM RATHAUS:

5 Potsdamer Gedenkpolitik/ Haus des Reisens/Kommission Brauhausberg gebildet/ Tourismusabgabe



BABELSBERG UND ZENTRUM OST:

6-8 „Nowawiese“ nicht geklärt/„Babelsberg 03“, „Turbine“ und „KARLI“/ Wannseereaktor/„Heidesiedlung“ und „Aktion Wohnen“



ANTIFA IN UNSERER STADT:

11 Der „Tag von Potsdam“/ Aufruf zur Demo vor der Garnisonkirche/Neonazis weiter aktiv

Informationen der Redaktion

Die Redaktionssitzung für unsere April-Ausgabe findet am Dienstag, 05. März 2013, ab 16.30 Uhr, in der Geschäftsstelle Dortustr. 53 (Atrium) statt. Inhaltliche Schwerpunkte sind für April Potsdam-West und die dazu gehörigen Ortsteile. Redaktionsschluss ist am Montag, 18. März 2013. Die Ausgabe der Aprilzeitung erfolgt wegen Ostern ab dem 03.04.2013.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Umweltorientierte Verkehrssteuerung mit „Pförtnerampeln“

Der Luftreinhalteplan für Potsdam setzt auf die Kombination stadtplanerischer, technischer und straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen bei der Luftschadstoffminderung, flankiert durch die Förderung des Umweltverbundes.

Ein Patentrezept gibt es dabei leider nicht. Alle diese Pläne – zumindest für Städte in der Größe der Landeshauptstadt – haben immer ein zentrales Element, um das sich das übrige Maßnahmebündel gruppiert.

Die Fachleute und Planer haben mehrere Szenarien untersucht, um herauszufinden, was dieses zentrale Element in Potsdam sein kann. Heraus kam die umweltorientierte Verkehrssteuerung. Deren oberstes Ziel ist es, die Luft in Potsdam gesünder zu machen. Der Verkehr auf den Straßen wird flüssiger, Busse und Bahnen kommen schneller voran, Fußgänger und Radfahrer haben an vielen Ampeln kürzere Wartezeiten und atmen gesündere Luft.

Aber die Anzahl der Fahrzeuge, die tagtäglich durch Potsdam fahren, kann man damit nicht beeinflussen. Die Belastung der Landeshauptstadt durch den Autoverkehr erfolgt in sehr unterschiedlichem Maße. Der Transitverkehr beträgt dabei nur ca. 6% -10%. Der Quell- und Zielverkehr hinein nach Potsdam bzw. heraus aus der Stadt macht die große Belastung aus, vor allem der starke Berufspendlerverkehr morgens und abends.

Hier muss an die Vernunft aller, vor allem der Autofahrerinnen und Autofahrer appelliert werden. Es ist sinnvoll sich genau zu überlegen, welche Fahrten notwendigerweise mit dem Auto erledigt werden müssen und welche Wege sich genauso gut oder sogar besser mit Bussen und Bahnen, mit dem Fahrrad oder zu Fuß bewältigen lassen. Wenn sich jede Autofahrerin und jeder Autofahrer, allein im Auto sitzend, klar wird, dass sie oder er nicht in irgendeinem Stau steht, sondern ein Teil des Staus ist, ihn mit verursacht, ist ein erster Schritt getan.

Eine bedarfsorientierte Angebotsgestaltung des ÖPNV mit Bussen und Bahnen muss diesen Schritt unterstützen. Erst dann können die ebenfalls in Potsdam vorgeschlagenen restriktiven Maßnahmen für den Autoverkehr, wie Parkraumeinschränkungen und Verteuerung des Parkens ihre Wirkung entfalten. Nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrslösungen in Potsdam und in der Region liegen in der Stärkung des Umweltverbundes von ÖPNV, Radverkehr und Fußgängern - nicht in einer Stärkung des PKW-Verkehrs!

Dr. Klaus-Uwe Gunold,
Stadtfraktion DIE LINKE



„Pförtnerampeln“ allein sind keine Lösung

Aus Potsdam-Mittelmark pendeln so viele Menschen nach Potsdam, Berlin und in die Nachbarkreise wie aus keinem anderen Landkreis. Die Menschen, die in Potsdam-Mittelmark keine Arbeit finden, müssen fahren. Gleichzeitig wurden viele Serviceangebote im Umland wegrationalisiert – sind nur noch in den angrenzenden Zentren zu erreichen.

Die Zahl der Pendler ist kurzfristig nicht zu verändern. Das eigentliche Problem für uns als Kreistagsfraktion DIE LINKE: Eine planerische Zusammenarbeit zwischen Potsdam und dem Umland gibt es seit Jahren nur in für die Öffentlichkeit nicht spürbaren Dosen. Jedenfalls sind im Kreistag seit Jahren kaum Anträge in der Richtung vorgekommen. Das Umland hat bisher nicht die besten Erfahrungen mit der Landeshauptstadt. Letztere war immer sehr egoistisch eingestellt. Aber auch deswegen gibt es kaum gemeinsame Projekte – schon gar nicht von größerer Tragweite und Zukunftswirkung.

So kann es nicht weiter gehen. Die Entwicklung beider Kommunen hat von dem puren Nebeneinander Nachteile. Da die Pendlerströme die Menschen am meisten beschäftigen, sollte dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung – vor allem die im Berufsverkehr.

Die Stadt Potsdam, die Potsdamer Firmen brauchen die Arbeitskräfte. Die Stadt und das Umland, die Potsdamer Firmen und Behörden müssen alle an einen Tisch. Es gibt mehr Mittel, Verkehrsströme zu beeinflussen, am besten, zu reduzieren als nur die phantasielosen Pförtnerampeln, über deren Installation die Nachbarkommunen nicht konsultiert wurden. Im eigenen Interesse muss sich Potsdam den Fragen stellen, denn spätestens wenn die vielen tausend Wohnungen in Krampnitz gebaut sind, entsteht im Norden das gleiche Problem.

Einige Gedanken: Warum muss in (fast) jedem Auto nur ein Mensch transportiert werden? Wo gibt es eine Mitfahrzentrale oder die Potsdamer Mitfahr-App? Ist die Entwicklung schon beauftragt? Was können die beiden Kommunen und auch die Firmen machen, damit mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen? Wo gibt es Jobtickets und andere Vergünstigungen für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs? Vielleicht beteiligt sich Potsdam an den Kosten für einen kurz getakteten Berufsbusverkehr früh und abends und überzeugt die Potsdamer Unternehmen von Zuschüssen zu den Fahrkarten für Ihre Mitarbeiter – Argumentationshilfe: Auch mit guter öffentlicher Anbindung kann man Arbeitskräfte gewinnen und noch wichtiger – in Zukunft auch halten. Die Produktivitätsforschung kann genau ausrechnen, wie viel Produktivität ein stressiger Arbeitsweg kostet. Wie kann das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs verstärkt und am Stau vorbei geleitet werden? Den verantworten die Stadt und der Landkreis mit ihren Verkehrsbetrieben.

Langfristig steht die planerischer Frage, wie man gemeinsam Ansiedlungen so optimiert, Verkehrsströme wirklich gestaltet und Verkehrsmittel so koordiniert einsetzt, dass die Belastungen für Potsdam und Umland reduziert werden können. Das private Auto wird es langfristig nicht für alle sein.

Aus der Hüfte kann man die Lösungen nicht schießen, die mehrere Jahre nicht gemeinsam gedacht und auch nicht gemeinsam koordiniert bearbeitet wurden. Aber anfangen, das Problem endlich gemeinsam anzugehen.

T. Singer/U.Richter,
DIE LINKE.Potsdam-Mittelmark

„Acht Köpfe für soziale Gerechtigkeit“

Parteivorsitzende Katja Kipping (MdB) und Bernd Riexinger an die Mitglieder der Partei DIE LINKE

DIE LINKE kämpft in diesem Jahr um ihren Platz in Politik, Gesellschaft und sozialen Bewegungen. Wir haben uns seit 2005 als Partei des Neins zu sozialer Entrechtung und Krieg profiliert. Seit dem Parteitag in Göttingen sind wir dabei, die Partei neu zu orientieren. Solidarität bedeutet für uns, die politischen Auseinandersetzungen mit Biss nach oben zu führen, damit soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden kann. Trotz sozialerer Rhetorik der anderen Parteien bleibt dies unser Alleinstellungsmerkmal. In den Umfragen stehen wir wieder zwischen sechs und acht Prozent. Das reicht uns nicht – aber wir sollten uns auch erinnern, wo wir vor einem guten halben Jahr standen.

Stolz auf unsere Partei

Das Ergebnis der Landtagswahl in Niedersachsen war für uns alle eine Enttäuschung. Besonders für die Genossinnen und Genossen, die sich als Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort, als Kandidatinnen und Kandidaten engagiert haben. Ihnen danken wir sehr herzlich für ihren großen Einsatz.

Die bundesweite Unterstützung für diesen Wahlkampf war beeindruckend, und wir sind stolz auf unsere Partei, die in diesem Wahlkampf auch bei klirrender Kälte gemeinsam gekämpft hat. Eine genaue Analyse sowie Schlussfolgerungen für die Schärfung unseres Profils werden wir in den nächsten Wochen ziehen.

Die Herausforderungen dieses Jahres können wir nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung bestehen. Nach der schwierigen Zeit vor dem Göttinger Parteitag haben wir in den vergangenen Monaten im Parteivorstand gemeinsam wichtige Schritte hin zu einer neuen Kultur der kollektiven und kooperativen Führung der Partei gemacht. Nachdem wir als Parteivorsitzende beauftragt wurden, einen Vorschlag für die Spitzenkandidatur zu unterbreiten, war für uns klar: Wir wollen eine Lösung, die die Partei eint und geschlossen in den Wahlkampf ziehen lässt. Geschlossenheit ist für eine Partei zwar nicht alles – aber ohne Geschlossenheit nutzt die beste Wahlkampagne wenig.

Sicher, die Entscheidung für ein achtköpfiges Team stellt erst einmal einen Bruch mit konventionellen Ritualen dar. Aber ist nicht der zunehmend inhaltsleere Personenkult auch Teil des Problems? Wenn wir den Einstieg in eine solidarische Alternative authentisch vertreten wollen, dann heißt das auch, ihn vorzuleben: gemeinsam statt einsam, miteinander statt gegeneinander, Kooperation statt Konkurrenz.

Nach ausführlicher Diskussion und mit einem zustimmenden Votum der Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände hat der Parteivorstand mit großer Mehrheit unserem Vorschlag zugestimmt.

Wir werben im Wahlkampf mit einem achtköpfigen Spitzenteam bundesweit um



das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler. Acht Botschafterinnen und Botschafter für soziale Gerechtigkeit, Frieden, gute Arbeit und mehr Demokratie werden auf Bundesebene prominent unsere Positionen vertreten. Wir lassen uns als Partei nicht auf eine Person reduzieren, sondern leben aktiv den Teamgedanken. Unsere Stärke als Ideenwerkstatt für eine sozial gerechtere Gesellschaft spielen wir aus, indem wir Menschen mit Inhalten verknüpfen.

Glaubwürdig, kompetent und authentisch für Politikwechsel

Wir wollen im Wahlkampf nicht weniger, sondern mehr Genossinnen und Genossen, die in Ost wie West im Wahlkampf präsent sind. Wir haben acht Genossinnen und Genossen gewonnen, die glaubwürdig, kompetent und authentisch auf den Kernfeldern des von uns angestrebten Politikwechsels verankert sind. Diese „acht Köpfe für soziale Gerechtigkeit“ werden auf vielfältige und kreative Weise unser Sprachrohr zu den Bürgerinnen und Bürgern sein. Das Spitzenteam besteht gleichberechtigt aus Frauen und Männern, aus bereits bekannten, aber auch neuen, jungen Gesichtern.

Viele haben uns gefragt, wieso wir als Vorsitzende nicht Teil des Spitzenteams sind. Wir sind vom Parteitag mit dem Auftrag gewählt worden, die Partei zusammenzuführen, ihr wieder eine inhaltliche Ausstrahlungskraft zu verleihen und die Beschäftigung mit uns selbst zugunsten der Arbeit an den Problemen der Menschen zu beenden. Das enttäuschende Wahlergebnis in Niedersachsen hat uns jedoch einmal mehr verdeutlicht, dass der Parteiaufbau an der Basis ein langer Weg ist. Die Schaffung einer attraktiven Parteikultur, aktiver Mitmachmöglichkeiten und der Präsenz vor Ort ist für unsere junge Partei sowohl für einen erfolgreichen Wahlkampf als auch die langfristige Entwicklung wichtig. Dieser Aufgabe wollen wir uns verstärkt widmen.

Zusammen mit unserem Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn werden wir zudem in den nächsten Wochen und Monaten die Bundestagswahl weiter vorbereiten. So werden wir im Februar den ersten Entwurf des Wahlprogramms verabschieden und im März auf Regionalkonferenzen und Veranstaltungen mit hoffentlich vielen Genossinnen und Genossen diskutieren. Wir wollen uns mit aller Kraft auf diese, unsere Führungsverantwortung konzentrieren.

In diesem Sinne laden wir Euch ein, uns auf diesem Weg zu unterstützen. Vor uns liegen anstrengende, aber auch aufregende Monate, in denen der Spaß an der gemeinsamen Arbeit, die Freude über das gemeinsam Erreichte und das gute Gefühl, dass es wichtig und richtig ist, in der LINKEN aktiv zu sein, hoffentlich nicht zu kurz kommen.

Unser Spitzenteam:



Gregor Gysi steht für mehr Demokratie und Bürgerrechte. Er wird DIE LINKE als solidarische Alternative, als Motor für den Politikwechsel positionieren.



Sahra Wagenknecht wirbt als profilierte Finanz- und Wirtschaftsexpertin für einen sozial gerechten Weg aus der Finanzmarktkrise.



Jan van Aken wird unsere Forderungen nach Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen und das Verbot von Rüstungsexporten vertreten.



Dietmar Bartsch bringt Haushaltskompetenz und die besonderen Erfahrungen des Ostens ein und steht für unseren Einsatz gegen die Benachteiligung des Ostens.



Klaus Ernst wirbt als bekannter Gewerkschafter für gute Arbeit, gerechte Löhne und füreine Rente, die den Lebensstandard sichert und Altersarmut verhindert.



Nicole Gohlke steht für gute und gebührenfreie Bildung für alle und eine enge Verbindung zu den studentischen Bewegungen.



Diana Golze steht für Sozialpolitik und gegen entwürdigende Hartz-IV-Sanktionen und wird eine laute Stimme für Kinder, Jugendliche und Familien sein.



Caren Lay wirbt für eine Energiewende mit sozialem Gütesiegel und für unser Engagement für bezahlbaren Wohnraum.

„Wenn's nicht still bist, kumst nach Dachau"

März 1933

Drei Wochen nach dem Reichstagsbrand entstand das Lager Dachau, und die bayerische Bevölkerung nahm, wie die oben erwähnte Redewendung beweist, offensichtlich sehr schnell Kenntnis davon. Am 21. März 1933 gab Heinrich Himmler als kommissarischer Polizeipräsident von München in einer Pressekonferenz die Errichtung eines politischen Konzentrationslagers bei Dachau bekannt. Am nächsten Tag schon wurden etwa 150 Häftlinge aus umliegenden Gefängnissen auf das Gelände einer stillgelegten Munitionsfabrik bei Dachau gebracht. Die Haftnummer eins erhielt der der KPD nahe stehende Student Claus Bastian. Zwei Fürther Bürger jüdischer Herkunft waren am 12. April 1933 die ersten Todesopfer im Lager und zugleich die ersten jüdischen Opfer in Konzentrationslagern überhaupt - Dr. Rudolf Benario und Ernst Goldmann, beide der KPD nahe stehend. Hinzu kam Arthur Kahn aus Nürnberg. Sie wurden „auf der Flucht erschossen".

Im Mai 1933 gelang dem ehem. KPD-Reichstagsabgeordneten Hans Beimler die Flucht. Seine Erlebnisse im Lager veröffentlichte er im Ausland in der Broschüre „Im Mörderlager Dachau", wodurch die internationale Öffentlichkeit schon sehr frühzeitig von den Verbrechen der Faschisten in diesem Lager erfuhr.

Die ersten Häftlinge des Lagers Dachau waren ausschließlich politische Gegner der Nationalsozialisten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und vereinzelt auch konservative Politiker und Monarchisten, nach dem Verbot politischer Organisationen, Parteien und Gewerkschaften kamen auch die Zeugen Jehovas dazu.

Ab 1935 waren es zunehmend von der Justiz verurteilte Personen nach Ablauf ihrer Haft, außerdem Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, einzelne Geistliche, die sich gegen die Gleichschaltung der Kirchen wehrten.

Das Lager und seine Kommandanten spielten eine weitere unrühmliche „Vorreiterrolle". Der erste Lagerkommandant Hilmar Wäckerle verfasste im Mai 1933 auf Anweisung Himmlers die erste vorläufige Lagerordnung. In ihr war festgehalten, dass die Gerichtsbarkeit des Lagers allein beim Kommandanten lag. Ende Juni 1933 wurde Theodor Eicke Lagerkommandant. Er entwickelte das „Dachauer Modell", das unter anderem eine „Disziplinar- und Strafordnung für das Gefangenenlager" und eine Dienstvorschrift für Wachposten umfasste. Dachau wurde zum Musterlager und Modell für neue KZ. Das KZ Dachau war zudem Ausbildungsort für SS-Wachmannschaften und SS-Führungspersonal, die nach Beginn des Zweiten Weltkriegs auch in den Vernichtungslagern eingesetzt wurden.



US-amerikanische Truppen befreiten es am 29. April 1945.

Heute befindet sich auf dem Gelände die KZ-Gedenkstätte Dachau, die von Menschen aus aller Welt besucht wird.

Gerlinde Grahn (gek.)

Der „rasende Reporter" verstorben

März 1948

Seinen Reportagestil , der sich durch distanzierte Sachlichkeit auszeichnet, entwickelte Egon Erwin Kisch 1904 bis 1913 als Lokalreporter in Prag. Neben denkwürdigen Ereignissen interessierten ihn vor allem Themen aus der Schattenwelt des Lumpenproletariats. Im Vorwort zum „Rasenden Reporter" (1925) , der seinen fast legendären Ruf begründete, stellt Kisch einen Katalog der Formen und Ziele seiner Berichterstattung zusammen: Er geht davon aus, dass der Reporter weder Künstler noch Politiker, sondern ein ganz „gewöhnlicher Mensch" ist, dessen Werk einzig „vermöge des Stoffes" wirkt. Nur der Wille zu nüchterner Sachlichkeit vermag die Gefahr einer subjektiven Entstellung der Realität zu unterdrücken. Für den Reporter gilt allein die Tugend der Objektivität, die keiner Rechtfertigung bedarf. „Er hat unbefangen Zeuge zu sein und unbefangene Zeugenschaft zu liefern." Kisch's Reportagen nehmen einen doppelten Standort ein: einmal den des unbefangenen Zeitgenossen, zum anderen den des Streiters wider Krieg, Ausbeutung, Armut und Chauvinismus. Kisch versteht auch die Reportage als engagierte Kunst, als ein gesellschaftsveränderndes Kampfinstrument.



Kisch, seit 1904 als Journalist in Prag, Berlin und Wien, wurde als Führer der kommunistischen Roten Garde in Wien 1919 zu drei Monaten Haft verurteilt und ausgewiesen. In der Folgezeit avancierte er zum Starreporter Berliner Zeitungen und unternahm zahlreiche Reisen: England, Frankreich, Dänemark, Holland, Ungarn, Schweiz, Sowjetunion (1925/26, 1930/31), Nordafrika (1926), illegal in die USA (1928/29) und nach China (1932). 1933 wird er in der Nacht des Reichstagsbrandes in Berlin verhaftet und aufgrund tschechischen Protests nach Prag abgeschoben. Er nimmt am Spanischen Bürgerkrieg teil, geht 1940 nach Mexiko und kehrt 1946 in die Tschechoslowakei zurück. Egon Erwin Kisch stirbt am 31. März 1948 in Prag.

Erinnerung und Gedenken in Potsdam

Gedenken und Erinnern ist ein Teil unseres Lebens und gehört zu unserer Kultur. Das widerspiegelt sich auch in der Reihe von Gedenktagen, die öffentlich mit unterschiedlichem Zuspruch begangen werden. In der Landeshauptstadt Potsdam finden wir nicht nur Orte des Erinnerns, wir entdecken auch Denkmäler, Stelen, Tafeln und Stolpersteine.

DIE LINKE ist der Ansicht, dass es gut ist, wenn nunmehr konzeptionelle Gedanken zur Gedenkkultur erarbeitet werden sollen. Dazu hatte die Fraktion Anfang 2012 den Anstoß in der Stadtverordnetenversammlung gegeben und zugleich für einen gemeinsamen Ort des Gedenkens an die Opfer des Faschismus, dem Holocaust- Gedenktag, am 27. Januar in der Stadt geworben. Vergangenheit zu betrachten, Opfern und herausragender Persönlichkeiten zu gedenken, um sie lebendig für Bürgerinnen und Bürger zu machen und zu halten, ist für uns eine Aufgabe der Gegenwart und Zukunft und gehört zu unserem Selbstverständnis. Wir sollten uns auch die Frage stellen, in welcher Weise sich Gedenkkultur verändert hat und vor allem, wie dabei insbesondere junge Leute erreicht werden können. Bei ihnen spielt sicher die eigene Erfahrung und die selbstständige Auseinandersetzung eine wichtige Rolle. Wir meinen auch, dass ebenso Traditionen, Gesten und Symbole von Bedeutung sind. Wir sollten uns zugleich auch mit dem gelegentlich geäußerten Vorwurf des Rituals beschäftigen.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich stets dafür eingesetzt, dass es in der Gedenkstätte Lindenstraße gilt, die Zeit von 1933 bis 45 weiter zu erforschen und im Haus darzustellen.



Die Thematik der zahllosen ausländischen Zwangsarbeiter in Potsdam ist wissenschaftlich aufgearbeitet. Wir haben uns für eine Kennzeichnung aller Orte des Leids der unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungenen Männer und Frauen im städtischen Raum ausgesprochen. In der Großbeerenstraße haben wir einen Anfang mit einer Stele gemacht, dieser Weg sollte weiter beschritten werden.

DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Dr. Karin Schröter
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Kulturpolitische Sprecherin

Liebe Leserinnen und Leser,

sicher haben Sie Ihre persönlichen Erfahrungen und Vorschläge oder Kritiken. Welche Überlegungen bewegen Sie zum Gedenken in Potsdam? Wenn Sie möchten, bitte schreiben Sie uns.

Haus des Reisens

Die Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung des bisher noch städtischen Grundstücks Alte Post / Haus des Reisens ist exemplarisch für die kontroverse Diskussion um die Gestaltung der historischen Mitte. Es ist unverständlich, warum die Potsdamer SPD hier den restriktiven Weg der historischen Rekonstruktion einschlagen will, ohne heutige Entwicklungsmöglichkeiten und Entwicklungserfordernisse zu berücksichtigen. Auffällig ist dabei, dass die regierungstragende Fraktion SPD wie bei den knapp 200 Wohnungen am Staudenhof damit zum wiederholten Male zu Lasten der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam agiert. DIE LINKE bekräftigt ihren Standpunkt, dass die Pro Potsdam die Chance erhalten muss, dieses in ihrem Eigentum stehende Grundstück unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu entwickeln. In der März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird hoffentlich eine Entscheidung getroffen, die auch die Interessen des städtischen Unternehmens Pro Potsdam berücksichtigt. *Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*
Fraktionsvorsitzender

Kommission

zur Umsetzung des Badneubaus am Brauhausberg hat sich konstituiert

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juni 2012 zum Neubau eines Familien- und Sportbades am Brauhausberg wurde, auch auf Anregung der LINKEN, festgelegt, einen Beirat zur Umsetzung des Badneubaus zu bilden..

Der Hauptausschuss hat im September 2012 die Geschäftsordnung als Grundlage für die Arbeit der Kommission beschlossen. In der Diskussion hatte DIE LINKE u. a. angeregt, aus dem „die Kommission tagt nicht öffentlich“ ein „Die Kommission tagt in der Regel nicht öffentlich“ zu machen. Das wurde mehrheitlich abgelehnt.

Am 14. Februar 2013 hat sich die Kommission konstituiert. Gemäß Geschäftsordnung haben die Mitglieder aus ihren Reihen den Vorsitzenden und dessen Stellvertretung gewählt. Vorsitzender der Kommission ist Volker Klamke (SPD-Fraktion) und Ute Goldberg (Stadtsportbund) seine Stellvertreterin.

Vertreter aller Fraktionen, die Bürgerinitiative Pro Brauhausberg, das Bürgerforum Potsdam Nord, der Stadtsportbund, Vertreter der Brandenburgischen Architekten- und der Ingenieurkammer sowie der Stadtwerke Potsdam und der Verwaltung bilden diese Kommission. Für die Fraktion DIE LINKE ist Ralf Jäkel in die Kommission entsandt worden.

In der nächsten Sitzung, geplant für März 2013, will sich die Kommission dann zum Arbeitsprogramm verständigen.

Russisch-orthodoxes Gemeindezentrum

Seit 2007 unterstützt die Stadtverordnetenversammlung, ganz wesentlich immer wieder auf Anträge und Anfragen der LINKEN gestützt, den Bau eines Gemeindezentrums für die Russisch-orthodoxe Gemeinde in Potsdam im unmittelbaren Umfeld des Kapellenberges.

Trotz klarer Beschlusslagen für den Bau am benannten Ort, trotz immer wieder geführter Gespräche und Zusagen ist die Errichtung des Zentrums noch nicht in Sicht.

Aus der Antwort auf eine Anfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg in der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2013 kann man entnehmen, dass die Verwaltung offenbar immer wieder eines Anstoßes bedarf, um sich in der Sache von sich aus zu bewegen. Dabei stehen die Dinge nicht schlecht: Das MWFK teilte der Stadt bereits im Mai 2012 mit, dass sich die Gemeinde einverstanden erklärt hat, den bereits vor über einem Jahr in Abstimmung der Stadt mit dem BLDAM und ICOMOS ausgewiesenen Standort am „Kapellenberg“ zu akzeptieren; dass die Nutzenfläche ca. 762 m2 beträgt; einen Erbbauzins von 200,00 EURO pro Monat zu entrichten.

Seitdem wartet die Stadt darauf, dass die Gemeinde auf sie zukommt. So kann man es natürlich auch handhaben!

Im Ergebnis der Anfrage erklärte der Oberbürgermeister, dass die Stadt noch einmal auf die Gemeinde zugehen wird, mit dem Ziel, entstandene Missverständnisse auszuräumen und die weitere Vorgehensweise ausführlich zu besprechen.

DIE LINKE wird sehr genau darauf achten, dass dieser schon längst überfällige Schritt auch tatsächlich gegangen wird.

Tourismusabgabe gerecht gestalten

„Ein Parkeintritt im Park Sanssouci kommt für uns als LINKE weiter nicht in Frage. Eine Kommune muss es schaffen, ihren Bürgerinnen und Bürgern Erholungsflächen zur Verfügung zu stellen, die kostenlos fußläufig erreichbar sind. Durch die besondere Situation in Potsdam, dass die meisten Parks der Stadt zur Stiftung Preußische Schlösser und Gärten gehören und im einzigen Volkspark in Potsdam Eintritt verlangt wird, kann ein Eintritt in diese Parks nicht in Frage kommen. Das ist für uns eine Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge.“ erklärt der stellvertretenden Kreisvorsitzende Ronny Besançon. Besançon, der auch dem LINKEn-Ortsverband Potsdam-West vorsteht, weiter: „Es kann nicht sein, dass der Geldbeutel demnächst in Potsdam auch noch darüber entscheidet, ob man sich im Grünen aufhalten kann und wo man spazieren gehen darf. An einer gerecht gestalteten Tourismusabgabe führt daher kein Weg vorbei. Diese muss jedoch auch mit Fingerspitzengefühl gestaltet werden. Denn kleine Gewerbetreibende dürfen auf keinen Fall überproportional belastet werden. DIE LINKE hat diese Sorge der Gewerbetreibenden verstanden.“ Kreisvorsitzender Sascha Krämer erläutert: „Wichtig ist, dass eine soziale Verträglichkeit und eine sinnvolle Zweckbindung bei der Tourismusabgabe gegeben ist. Die Verwendung des Geldes solle nicht zur Sanierung des Haushaltes verwendet werden. Des Weiteren muss die Tourismusabgabe mit wirtschaftlichem und sozialem Augenmaß erhoben werden. Auch die SPSG ist in der Pflicht, kreativ auf anderen Wegen Einnahmen zu generieren. Immer nur die Hand aufzuhalten und gegenüber der öffentlichen Hand Druck auszuüben, geht nicht. Die Stiftung sollte zum Beispiel über eine „Sanssouci“-App oder „Neuer-Garten“-App für Mobilfunkgeräte nachdenken, die sich jeder für 50 Cent herunterladen könnte. Diese könnte zeitlich limitiert gültig sein, mindestens für 24 Stunden. Davon hätten der Bürger oder der Tourist einen sichtbaren Mehrwert. Auch andere Ideen könnten sollten geprüft werden. Des Weiteren gilt: Wenn öffentliche Mittel fließen, dann muss der öffentlichen Hand auch Mitspracherechte eingeräumt werden, z.B. bei der Bezahlung der Mitarbeiter. Dumpinglöhne in Servicegesellschaften der Stiftung sind ein Unding, insbesondere da diese durch öffentliche Mittel mit finanziert werden.“

DIE LINKE.Potsdam lädt ein zu mehr öffentlicher Einmischung

Die Mitglieder der LINKEN werden sich künftig noch wirkungsvoller in öffentliche Diskussionen über die Entwicklung der Stadt einmischen und weiter dafür sorgen, dass auch Bürgermeinungen stärker gehört werden. Bei einem Treffen der Ortsvorstände mit Stadtfraktion und Kreisvorstand bestand Konsens, dafür eine gleichberechtigte E-Mail-Vernetzung aller Aktiven und neue Formen der politischen Meinungsbildung in Potsdam zu nutzen. Ein politischer Blog zu unterschiedlichen Themen auf unserer Internetseite lädt bereits ein, aktiv mit Vertretern der LINKEN zu diskutieren, ebenso die Potsdamer Facebook-Seite. Auf dieser ist auch ein monatlicher Live-Ticker aus der Stadtverordnetenversammlung zu finden. Dort können sich Interessierte informieren und zu den unterschiedlichen Tagesordnungspunkten mit den Abgeordneten via Chat diskutieren. Weiter setzt DIE LINKE.Potsdam, neben dem bewährten „Infostand" und der Bürgersprechstunde, auf informative Netzwerktreffen, Familienfeste und die aktive Unterstützung von Veranstaltungen der innovativen Potsdamer Zivilgesellschaft in den einzelnen Stadtteilen. Einen Aufschlag dafür lieferte der Ortsverband Babelsberg/Zentrum Ost mit seiner Beteiligung am Aktionstag „sozialverträgliche Stadtentwicklung" - dem Medienecho zufolge ein voller Erfolg. Mit ihrer Ideensammlung knüpft die Potsdamer LINKE an verschiedene Schritte zu mehr Öffentlichkeit im Zuge der Parteireform an, zu denen der Umzug der Kreisgeschäftsstelle ins Stadtzentrum und Veranstaltungsreihen wie „Die LINKE lernt/trifft..." gehören.

Matthias Lack KV

Eine Zukunft für die Heidesiedlung!?

Von Birgit Müller, 1. Stellvertreterin des Vorsitzenden der SVV/AG „Zukunft der Heidesiedlung"

Gemeinsam mit Dr. Hans Jürgen Scharfenberg vertrete ich die Fraktion DIE LINKE in der AG „Zukunft der Heidesiedlung", die Ende letzten Jahres gebildet wurde und sich ausschließlich mit dem weiteren Vorgehen in Sachen „Heidesiedlung" befasst. Am 14. Dezember trafen sich die von den Fraktionen, der Pro Potsdam und den BewohnerInnen benannten Mitglieder unter Leitung von Stadtkirchenpfarrer Kunze. In dieser ersten Beratung stellten sich zunächst die TeilnehmerInnen vor, der Zeitplan für die nächsten Monate wurde diskutiert und Frau Hoehne-Killewald und Herr Scherbarth von der Mieterberatung Prenzlauer Berg stellten die Ergebnisse einer Mieterbefragung vor. Die Mietervertreter der Heidesiedlung und anwesende Mieter sind im Rahmen der Diskussion auf den derzeitigen Zustand der Häuser eingegangen und formulierten ihre Wünsche, die zu einer Verbesserung der Wohnsituation führen könnten. Sie machten aber auch deutlich, dass die derzeitigen Mieter nicht an einer Sanierung, sondern eher an der kostengünstigeren Instandsetzung interessiert sind.

Im Ergebnis der Beratung fand am 18.01.2013 eine Begehung von ursprünglich 3 leerstehenden Wohnungen statt. Von den Mietervertretern wurde die AG in eine bewohnte Einheit eingeladen. Bei der Besichtigung wurden von Frau Runge, Bautechnikerin bei der Pro Potsdam, Erläuterungen zum baulichen Zustand der Häuser gegeben. Wir konnten uns im Folgenden ein Bild vom Zustand bei Leerstand machen. Der Einladung in den Heideweg 20 b folgten die meisten Mitglieder der AG. Wir wurden herzlich aufgenommen und bei den kalten Außentemperaturen sorgte der angebotene Tee zu einer willkommenen Aufwärmung. In dieser Wohnung waren die von der Technikerin aufgeführten Mängel zumindest rein äußerlich auch durch eine sehr kreative Wohnungsgestaltung nicht erkennbar.

Im Rahmen der Auswertung dieser Begehung wurde am 25.01.2013 von der Pro Potsdam eine Übersicht über den Bauzustand, mögliche Sanierungsvarianten und die geschätzten Baukosten gegeben. Die Mietervertreter hatten im Vorfeld einen Fragenkatalog erstellt. Soweit dies möglich war, wurden die Fragen im Rahmen dieser 2. Beratung beantwortet. Das Anliegen der Mieter, dass ihre Wohnungen bezahlbar bleiben und dennoch Einiges für bessere Wohnbedingungen getan wird, ist mir nur allzu verständlich. Mit den Mietervertretern war ich am 04.02.2013 verabredet, auch um mit ihnen gemeinsam zu beraten, was wir in den kommenden Wochen tun können, um möglichst viel von ihren Anliegen umzusetzen. Es wird nicht leicht werden, denn schon der Vor–Ort–Termin hat gezeigt, dass es bei den Medien, wie Trink- und Abwasser sowie Elektro nur eine komplette Erneuerung geben kann. Ich werde die Betroffenen weiterhin auf dem Laufenden halten.



Wie lange kann ich mir Babelsberg noch leisten?

Aktionstag auf dem Babelsberger Weberplatz mit „Mietwohnungen" vom „Typ 2020"

Auf diese Frage kann es nur eine Antwort geben: Eigentlich jetzt schon nicht mehr. In den letzten 15 - 20 Jahren mussten die Babelsberger, wie auch viele andere Potsdamer, in ihren Quartieren die Folgen der sozialen Entmischung ertragen. Viele Nachbarn und Freunde sind aufgrund der Totsanierung ihres Kiezes weggezogen und andere klagen über leere Portemonnaies, da die Miete einen Großteil ihres Gehaltes oder Lohnes frisst. Während sich unser Stadtteil in ein strahlendes Beige hüllt und in der Stadtpolitik als attraktives und kinderfreundliches Wohnumfeld gefeiert wird, klafft auch hier die soziale Schere weit auseinander. Jetzt soll nach Wunsch der Pro Potsdam auch noch die letzte Bastion sozialverträglichen Wohnraums verkauft werden – die Heidesiedlung. DIE LINKE.Babelsberg-Zentrum Ost sagt: "STOPP". Wir haben einen „Aktionstag" am 09.02.13 auf dem Weberplatz durchgeführt, bei dem wir die Wohnproblematik thematisiert haben. Dazu gab es außer dem althergebrachten Infostand eine Aktionsfläche. Auf dieser hatten wir große, leere Pappkartons als Mietwohnungen des „Typ 2020" aufgestapelt und zwei als Musterwohnungen mit Schlafsäcken und GenossInnen bestückt. Diese Überspitzung der Verhältnisse führte dazu, dass Bürger verwundert stehen blieben und sich mit uns austauschten. Die lokale Presse führte Interviews mit den Protagonisten, und die selbst gemachten Flyer erreichten ihre AbnehmerInnen. Auch Vertreter anderer Projekte aus Babelsberg waren an der Aktion beteiligt. Dieser „Aktionstag" wurde von allen Beteiligten als voller Erfolg verbucht, da wir trotz schlechter Witterungsverhältnisse mehr BürgerInnen erreicht haben, als mit dem bloßen Verteilen von Agitationsflyern. Unser nächster Aktionstag wird in Zentrum Ost stattfinden, um auch den MitstreiterInnen dort den Rücken in ihrer politischen Arbeit zu stärken. Vielen Dank noch für die Unterstützung aus dem OV Süd.



Michél Berlin
OV Babelsberg- Zentrum Ost.

Sport auf der „Nowawiese“ – wie weiter?

Sport am Babelsberger Park – Leben am Weltkulturerbe - großes Interesse der Bevölkerung

Seit Jahren bemühen sich Einwohner aus Potsdam darum, die vorhandenen Flächen zwischen Nutheschnellstraße und Babelsberger Park für Freizeit und Erholung nutzen zu dürfen. Mit dem Kulturprojekt „La Datscha“ in der ehemaligen Villa Wildwuchs, dem Spiel- und Bolzplatz an der Schaukel und der Hundewiese sind in den vergangenen Jahren einige Nutzungsmöglichkeiten entstanden, die im dicht besiedelten Babelsberg anderenorts keinen Platz finden und die im Park stören würden oder unter Umständen sogar Schaden anrichten könnten.



Mit dem Rückbau der Brücke über die Schnellstraße nach Zentrum Ost ergibt sich die Möglichkeit, den seit Jahren geforderten Sportplatz zusätzlich zu den vorhandenen Nutzungen anzulegen. Concordia Nowawes konnte für dieses Projekt zweimal den Bürgerhaushalt gewinnen. Die breite Zustimmung aus der Bürgerschaft überzeugte auch die Stadtverwaltung, die die entsprechenden Haushaltsmittel bereitstellte. Doch gegen die von der Stadtverwaltung vorgestellten Planungen erhob die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Einspruch, so dass nunmehr ein Entscheid der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur als Vertreterin der obersten Denkmalbehörde des Landes Brandenburg notwendig wird.

Um die Argumente für und gegen die Nutzungsvorstellungen der Bürger und der Denkmalpfleger zu diskutieren, waren die Ministerin, Frau Prof. Dr. Dr. Kunst, der Oberbürgermeister Jann Jakobs, Stiftungsdirektor Hartmut Dorgerloh und Vertreter des Welterbekomitees am 31. Januar 2013 ins Babelsberger Rathaus eingeladen. Mit Verweis auf das laufende Verfahren sagten die beteiligten Institutionen eine Teilnahme leider ab. Dies ist umso mehr bedauerlich, weil sich im vollbesetzten ehemaligen Plenarsaal des Rathauses Babelsberg (Foto) eine konstruktive Diskussion über die Notwendigkeit des Ausbaus der kommunalen Infrastruktur und die Verträglichkeit des Vorhabens mit dem Welterbe entspann.

Prof. Rode von der Universität Potsdam erläuterte die Ergebnisse der Analyse im Rahmen des Sportstättenentwicklungsplanes. Seiner Ausführung zufolge fehlen in Potsdam zehn bis fünfzehn Großfeldfußballplätze. Allein in Babelsberg beläuft sich das Defizit auf mindestens drei Großfelder. Vor dem Hintergrund des höchsten Anteils an Kindern und Jugendlichen ist mit einer Verschärfung der Engpässe in Babelsberg zu rechnen. Sinnvoll wäre es, Sportplätze für den Kinder-, Jugend- und Breitensport mit Angeboten für den Schulsport und den Vereinssport zu verknüpfen.

Alexander Kallenbach von Concordia Nowawes berichtete über das rasante Mitgliederwachstum beim 2006 gegründeten Babelsberger Kinderfußballverein. Sofern keine zusätzlichen Trainingskapazitäten bereitgestellt werden, müssen spätestens 2014 Kinder nach Hause geschickt werden.

Matthias Tausch vom Stadtsportbund unterstrich die vielfältigen Bemühungen, im Rahmen der Sportstättenentwicklungsplanung zusätzliche Sportanlagen bereitzustellen. Er wies aber auf die problematische Flächensituation und auf die häufigen Nachbarschaftskonflikte hin.

Georg Bittcher von der Bürgerinitiative Babelsberger Park bemängelte die fehlende Kompromissbereitschaft seitens der Schlösserstiftung und der Denkmalpflege. Während viele Babelsberger Bürger dem Welterbepark eine hohe Wertschätzung entgegenbringen, scheint das Verständnis der Vertreter der Schlösserstiftung für die Belange der Bürger nur wenig ausgeprägt. Die Bürgerinitiative konnte in den vergangenen Jahren mit hartnäckiger Argumentation erreichen, dass die durch die Stiftung geplanten Eingriffe in Nutzungsgewohnheiten und damit in die Lebensqualität der Bewohner (z.B. die Nutzung bestimmter Wege mit dem Fahrrad) zurückgenommen wurden.

Die anschließende Debatte zeigte sehr deutlich, dass Kompromisse auf allen Seiten notwendig sein werden, um eine denkmalverträgliche Entwicklung des Gebietes zu erreichen, die auch den Nutzungsvorstellungen der Bewohnerinnen und Bewohner gerecht wird. Die Vertreter der verschiedenen Initiativen waren sich einig, dass für diese wertvolle Stadtfläche ein integriertes Nutzungskonzept unter Gewährleistung eines breiten Mixes aus Freizeit- und Kulturangeboten sowie Sportflächen angestrebt werden sollte. *(Quelle: Babelsberg 03)*

Neuer Fußballplatz neben Baumarkt

Ein neuer Fußballplatz für Babelsberg: Derzeit entstehen auf dem langgestreckten Grünstreifen neben dem Toom-Baumarkt an der Großbeerenstraße eine etwa 325 Quadratmeter große Ballspielfläche sowie ein rund 220 Quadratmeter großer Holzspielplatz. Begonnen haben die Bauarbeiten bereits im November 2012, im Frühjahr sollen die Anlagen fertiggestellt sein. „Insgesamt ist das südöstliche Babelsberger Stadtgebiet mit seinem hohen Wohnanteil mit Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche unterversorgt“, begründet Stadtsprecher Markus Klier den Neubau.

Auch wenn der rund 200 Meter lange Grünstreifen faktisch in einem Gewerbegebiet liegt, befinden sich in der Umgebung zahlreiche Ein- und Mehrfamilienhäuser an der Großbeerenstraße und der parallelen Gartenstraße. Zudem entstehen an der Gartenstraße derzeit 22 neue Wohnungen für Familien mit Kindern.

Schon seit Jahren klagen Potsdamer über einen Mangel an Sportplätzen in der Stadt. Das künftige Fußballfeld leistet einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Situation, auch wenn der Grünstreifen auf den ersten Blick nicht sehr attraktiv gelegen zu sein scheint: Er liegt genau zwischen dem Toom-Baumarkt und einer weiteren Gewerbefläche, zur Großbeerenstraße hin wird das etwas tiefer liegende Gelände von einer Tankstelle begrenzt. Die Stadt sieht darin aber auch einen Vorteil, weil die benachbarten Gewerbegebäude den vom Spiel- und vom Fußballplatz zu erwartenden Lärm von den Wohnhäusern abschirmen. EW (aus „PNN“ vom 29.01.2013)

Wegweiser Gesundheit 2013/2014 erschienen

Die Gesundheit der Potsdamerinnen und Potsdamer soll weiter verbessert werden. Das hat sich auch die neu erschienene Broschüre Wegweiser Gesundheit Potsdam und Umgebung 2013/2014 wieder zum Ziel gesetzt, die in fünfter Auflage erschienen ist. Arbeitsgemeinschaft zur Gesundheitsförderung hat den damaligen Wegweiser des „Potsdamer Gesundheitsringes“ erstmals 1996 auf den Weg gebracht.

In dieser Ausgabe ist das Herzstück der Broschüre die Darstellung der lebensbegleitenden Netzwerke und Bündnisse der Landeshauptstadt für ein gesundes, soziales und familienfreundliches Potsdam. Aus Tradition gibt es einen Überblick über Adressen und Angebote der derzeit 40 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Potsdamer Gesundheitsring“ der Stadt Potsdam und Umgebung und fasst diese übersichtlich zusammen. Ausgewählte Institutionen werden mit den jeweiligen Gesundheitsdienstleistungen vorgestellt.

Außerdem erwarten den Leser in der Broschüre umfangreiche Übersichten von niedergelassenen Ärzten, Hebammen, Apotheken und Krankenhäusern sowie interessante redaktionelle Beiträge und viel Wissenswertes zu den Themen Gesundheit, Alterspflege sowie Tipps zu gesundheitlichen Leistungen in der Landeshauptstadt Potsdam.

Für eine geografische Orientierung in der Stadt sorgen eine Gebietskarte und zahlreiche Stadtplanausschnitte der Landeshauptstadt Potsdam.

Die Gesundheitsinformationen und -angebote im „Wegweiser Gesundheit 2013/2014“ sollen eine sinnvolle Handreichung für die Potsdamerinnen und Potsdamer sein. Auch den professionell und ehrenamtlich Tätigen kann der Wegweiser eine Orientierungshilfe auf der individuellen Suche nach dem geeigneten Weg zu mehr Gesundheit sein.

Interessierte können sich die Broschüre kostenfrei beim Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Potsdam abholen oder im Internet unter www.potsdam.de/downloads herunterladen.

Brandenburg fördert Städtebau

Die Kommunen in Brandenburg erhalten für dieses Jahr eine Städtebauförderung in Höhe von 68,584 Millionen Euro. Bund und Land zahlen jeweils die Hälfte. Von der Förderung profitieren fast 70 Orte, die zusätzlich einen Eigenanteil aufbringen müssen. 23 Städte erhalten knapp 29 Millionen Euro für den Stadtumbau, der auch den Abriss von Wohnungen bedeutet. 28 Städte bekommen Geld für den Denkmalschutz, insgesamt über 21 Millionen Euro.

Neun Kommunen erhalten 6,7 Millionen Euro, um aktive Stadt- und Ortsteilzentren zu entwickeln. Das meiste Geld erhalten Cottbus (5,561 Millionen Euro) und die Landeshauptstadt Potsdam (4,569 Millionen Euro). Über drei Millionen Euro gehen an Eberswalde (Barnim) und Frankfurt (Oder). Mehr als zwei Millionen Euro erhalten Zehdenick (Oberhavel) und Wittenberge (Prignitz). Die Stadtentwicklung in Brandenburg sei eine Erfolgsgeschichte. Das Gesicht der Städte habe sich seit der Wende trotz Leerstand und Wegzug positiv verändert. Seit 1991 seien 3,2 Milliarden Euro Städtebaufördermittel bereitgestellt worden. Den Ländern sei es gelungen, die Kürzungen bei der Städtebauförderung durch den Bund bei 455 Millionen Euro zu stoppen. Nötig wäre aber eine jährliche Summe von etwa 535 Millionen Euro.

Kein Problem – bei korrekter Kostenvorlage

Zum Stand der „Verhandlungen“ zwischen Turbine Potsdam und SV Babelsberg 03

Zugegeben, die Unterzeile ist der Bitte nach einer solchen Information geschuldet. Und auch zugegeben, die Verlockung ist groß, zu all dem Unsinn, der im Zusammenhang mit dem bestehenden Erbbauvertrag zwischen der Stadt und dem Babelsberger Fußballverein geschrieben und geredet wurde, etwas ausführlich zu schreiben. Aber das bringt nicht viel, weil die, die mit der Sache nicht befasst sind, ohnehin bei ihrer Meinung blieben.

Deshalb nur so viel zur Chronologie und zum derzeitigen Stand:

In einer Beratung bei der Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport wurden Kosten für die zusätzliche Reparatur der Flutlichtmasten in Höhe von 80.000 Euro genannt. Durch Turbine wurde angeboten, nach Vorlage der entsprechenden Rechnungen 25%, also einen Betrag von bis zu 20.000 Euro davon zu übernehmen.

Als die Rechnungen vorgelegt wurden, befand sich darunter auch eine über 40.000 Euro, die mit der zusätzlichen Reparatur nichts zu tun hatte.

Die direkten Instandsetzungskosten wurden vom damaligen Präsidenten des SV Babelsberg 03 danach mit 34.563 Euro beziffert und Turbine aufgefordert, davon die Hälfte zu bezahlen.

Unter den Rechnungen, die die vorgenannte Summe belegen sollten, waren erneut Dinge aufgeführt, die nicht den ausgeführten Arbeiten entsprachen, darunter u.a. auch an Stelle einer Rechnung das Angebot einer Firma mit Kostenvorschlag.

Allein aus diesen Gründen sind bisher von Turbine „nur“ 3.600 Euro an den Verein SV 03 überwiesen worden. In einem Gespräch wurde – wie auch zuvor mehrfach erklärt – darauf verwiesen, dass sich der 1. FFC Turbine mit 25 % an den tatsächlich aufgetretenen Kosten beteiligen wird.

Die sollten korrekt vorgelegt werden können. Dann ist die Sache aus der Welt.

-roku



„Wie weiter mit dem Forschungsreaktor?“

Zu diesem Thema fand am 15.02. eine partei-öffentliche Anhörung im Landesvorstand der LINKEN Brandenburg (LV) statt. Hintergrund ist der seit einem Jahr offene Antrag „Atom-Forschungsreaktor Wannsee endgültig abschalten“ der LAG Umwelt, der vom 3. Landesparteitag (1. Tagung) an den LV überwiesen worden war.

Die Anhörung war notwendig, da der Wissensstand der LV-Mitglieder sehr unterschiedlich war und unsere Babelsberger Informationsveranstaltung vom LV zu wenig genutzt worden ist. Eine Stunde Anhörung einschließlich Diskussion ist viel zu wenig, um auf ungenaue und falsche Darstellungen der Pressevertreterin des HZB und des ehemaligen Vertreters des Berliner LV der LINKEN, Wolfgang Albers, einzugehen bzw. Sichtweisen des Antiatom Bündnisses Berlin-Potsdam mit der notwendigen Ausführlichkeit darzustellen. Entsprechende Richtigstellungen und Ergänzungen liegen dem LV nun schriftlich vor.

Wer im Landesvorstand der LINKEN.Brandenburg eine Entscheidung bezüglich des Forschungsreaktors BER II fällen will, von dem verlange ich, dass er zumindest den Bericht der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) 1 gelesen hat bzw. sich später der Stimme enthält. Der RSK-Bericht ist eine vernichtende Einschätzung bezüglich der Sicherheit dieses Reaktors.

Von der Politik sollte parteiübergreifend Druck auf den Betreiber und auf die Aufsichtsbehörde ausgeübt werden, um den von der RSK ausgewiesenen „weiteren Untersuchungs- oder Bewertungsbedarf“ einzufordern. Im Mai jährt sich das Erscheinen des RSK-Berichtes - Betreiber und Aufsichtsbehörde schweigen jedoch. Aus diesem Grund sollten Fristen für die Umsetzung der Empfehlungen der RSK gesetzt werden. Werden die Fristen nicht erfüllt, ist eine Abschaltung die sicherste und sinnvollste Lösung.

Dr. Stephan Worseck
Vorsitzender des Ortsverbandes
Babelsberg/Zentrum Ost

Auf zum Frühjahrsputz an städtischen Schulen und Kitas!

Der Kommunale Immobilien Service (KIS) ruft auch dieses Jahr wieder alle Fördervereine, Lehrer, Eltern- oder Schülerinitiativen an städtischen Potsdamer Schulen und die Erzieher und Elterninitiativen der zum KIS - Eigentum gehörenden Kita’s zum Frühjahrsputz auf.

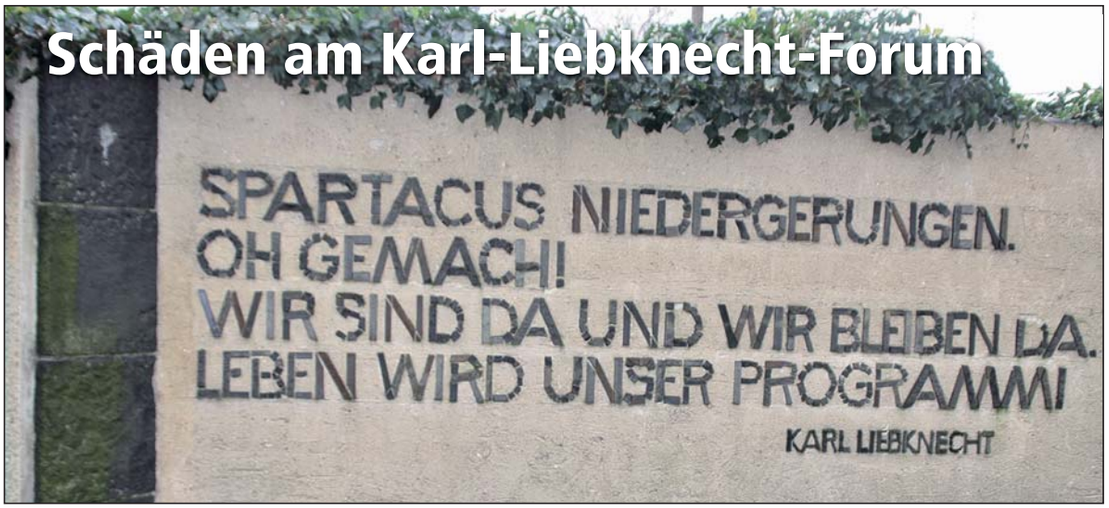
Der Frühjahrsputz an Potsdamer Schulen und Kitas war in den letzten Jahren ein großer Erfolg. 38 Schulen und 29 Kitas haben alleine im Jahr 2012 mitgemacht. *Dieses Jahr wollen wir diese Zahl noch toppen, deshalb starten wir den Aufruf schon jetzt*, so Werkleiter Bernd Richter.

Denn auch dieses Jahr gibt es einen großen Anreiz. So wird der KIS mit einem Gesamtbudget von 40.000 Euro Projekte zur Verschönerung und Gestaltung der Außenanlagen sowie zur malermäßigen Verschönerung von Unterrichtsräumen, Gruppenräumen und Fluren unterstützen.

Formlose Anträge können bis zum 30.4.2013 schriftlich an den Kommunalen Immobilien Service, Hegelallee 6-10, 14467 Potsdam oder per Fax an 0331-289 1163 unter Angabe des Betreffs: Frühjahrsputz / Schulen bzw. Frühjahrsputz / Kita gerichtet werden.

Außer der finanziellen Unterstützung wird durch den KIS auch eine entsprechende Fachberatung angeboten. Neben der unmittelbaren Verschönerung der Schulen und Kita’s durch frische Farben, gepflegte Außenanlagen und Spielgeräte soll durch diese Initiative die Identifizierung mit der Schule bzw. der Kindertagesstätte gestärkt werden.

Schäden am Karl-Liebknecht-Forum



An der Mosaikwand des Karl-Liebknecht-Forums im Lustgarten ist bei einer Wartungsbegehung im August 2012 festgestellt worden, dass Kleinmosaiksteine in den Schriftzügen fehlen. Dr. Karin Schröter fragte die Verwaltung, ob kurzfristig eine Reparatur geplant ist. Matthias Klipp nannte das Karl-Liebknecht-Forum ein gelungenes Beispiel für die Weiterentwicklung des historischen Lustgartens. Es sollte erhalten und instand gehalten werden. Nach seiner Einschätzung seien die Schäden nicht durch die Witterung entstanden, sondern durch Vandalismus herbeigeführt worden. Die fehlenden Mosaiksteine werden ersetzt (im April), wenn das Wetter es wieder zulässt, um eine würdige Gedenkstätte zu erhalten.

Herzlichen Glückwunsch, Stadtjugendring Potsdam

In nunmehr 22 Jahren wurde der SJR zu einer nicht mehr wegzudenkenden Größe der Kinder- und Jugendarbeit in Potsdam. 1991 als Jugendverband gegründet, wurde er 1995 anerkannter Träger freier Jugendhilfe. Heute ist der SJR ein Dachverband mit 24 Mitgliedsverbänden und -organisationen der Kinder- und Jugendarbeit in Potsdam. Der parteienpolitisch unabhängige Verein vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen, den Verbänden und Organisationen in Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung in unserer Stadt. Er unterstützt sie bei Projekten und Initiativen, ergreift Partei für ihre Rechte und verschafft ihnen erfolgreich Gehör. Mit anderen Worten, er verstärkt das politische Mandat seiner Zielgruppen und Partner. Davon zeugen die zahlreichen öffentlichkeitswirksame Aktionen. Die Idee der Kooperation mit dem Deutschen Jugendherbergsverein machte das Projekt „Haus der Jugend“ in Potsdam-Babelsberg überhaupt erst möglich. Hier wurden Büro- und Arbeitsräume für das Kinder- und Jugendbüro, den SJR und das Projekt „Plan B“ geschaffen, einigen Trägern eine neue Heimat geboten. Wer erinnert sich nicht an die gelbe „Gummiente“ Agathe, die die Meinung der jungen PotsdamerInnen zum Standort des Badneubaus erforschte. Die Kampagne „Wir wollen nur eins“, mit der Forderung ein Prozent der gesamtstädtischen Ausgaben für die Kinder und Jugendarbeit zu reservieren, sorgte 2003 für rege Diskussionen. Der Antrag „Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Schülerinnen und Schüler“, der durch den SJR begleitet wurde, erreichte Platz 1 des damaligen Bürgerhaushaltes. Wie wir alle wissen ist bis dato keine dieser Forderungen umgesetzt. Es bleibt also noch viel zu tun, für den Stadtjugendring Potsdam. Wir wünschen dem Team um Stephanie Pigorsch weiterhin viel Energie und Erfolg bei der Umsetzung ihrer kreativen und wertvollen Ideen.

Matthias Lack KV

„Eigentum verpflichtet“ doch – oder was?!

DIE LINKE fordert: Liegenschaft um das Kino „Charlott“ endlich weiter entwickeln

Seit Jahren verfällt nun das Gelände um das Kino „Charlott“ nebst der dazugehörigen Villa am Bahnhof Charlottenhof in der Zeppelinstraße. Dies stellt für die Bewohner in Potsdam-West ein großes Ärgernis dar. Offenbar gelingt es dem Eigentümer nicht, sich in angemessener Weise um seinen Besitz zu kümmern oder, schlimmer noch, liegt hier ein Fall von Immobilienspekulation in großem Stil vor?! Für die Mitglieder des Ortsverbandes Potsdam-West der Partei DIE LINKE ist der derzeitige Zustand nicht mehr tragbar.

Um wieder Bewegung in die Sache um das Grundstück zu bringen, stellt die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam nun einen Antrag, der einen Prüfauftrag an den Oberbürgermeister enthält. DIE LINKE will erkunden, welche Möglichkeiten es seitens der Stadt gibt, in die Entwicklung des Grundstückes einzugreifen. Geprüft werden sollen alle möglichen Maßnahmen bis hin zur Enteignung wegen Vernachlässigung. Zunächst aber soll die Stadt erst einmal versuchen, mit dem Besitzer der Liegenschaft Kontakt aufzunehmen.



Wenn wieder Bewegung in die Entwicklung der Liegenschaft kommen sollte, könnten das Kino und die Villa im besten Fall zu einer Begegnungsstätte für den Stadtteil umgebaut werden, im schlimmsten Fall sind beide Gebäude vom Abriss bedroht. In jedem Fall muss der derzeitige Zustand beendet werden. Die Gebäude müssen entwickelt werden und die Gesundheitsgasse muss wieder geöffnet werden, um eine schnelle Passage zwischen der Geschwister-Scholl-Straße und dem Bahnhof Charlottenhof zu gewährleisten.

DIE LINKE wirkt:

Für ein konsequentes Nachtflugverbot am BER

Die Koalitionsfraktionen SPD und DIE LINKE haben in ihren Fraktionen beschlossen, das Volksbegehren zum erweiterten Nachtflugverbot am neuen Flughafen BER anzunehmen. Die Debatte im Land zum Flughafen BER wird bisher von diametral entgegen gesetzten Positionen geführt. Hoffnung auf Arbeit und wachsenden Wohlstand stehen Sorgen um Lärmbelästigung und sinkender Lebensqualität gegenüber. Ein Volksentscheid mit vorangehender Kampagne würde die Spaltung des Landes vertiefen. Die Koalitionsfraktionen wollen diese Zuspitzung vermeiden und den Konflikt entschärfen.

Das erfolgreiche Volksbegehren fordert die Landesregierung in einem ersten Punkt zu Verhandlungen mit dem Land Berlin auf. Ziel soll eine staatsvertragliche Änderung für ein längeres Nachtflugverbot sein. Die Landesregierung wird nun unverzüglich nach der Annahme des Volksbegehrens durch den Landtag in Gespräche mit dem Land Berlin und den Gesellschaftern eintreten. Ziel ist es, noch vor Inbetriebnahme des Flughafens Regelungen für mehr Nachtruhe im Umfeld verbindlich zu fixieren. Dieses Ziel ist nicht im Alleingang zu realisieren. Wir werden tun, was wir tun können – im Wissen, dass der Planergänzungsbeschluss bestandskräftig ist. Aber auch Berlin und der Bund müssen sich zur unteilbaren Verantwortung der Politik für Wirtschaftlichkeit und Lärmschutz bekennen.

Die Initiatoren des Volksbegehrens selbst haben den zweiten Punkt ihrer Initiative als nicht mehr handlungsleitend gekennzeichnet. Die Abkehr von der Forderung, Flugverkehr auf andere Airports der Region zu verlagern, ist im Interesse des Landes. Die Koalition wird das akzeptieren.

Norbert Müller, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 61: „An 106.000 Unterschriften und guten Argumenten kam auch die SPD nicht vorbei. Das die rot-rote Koalition im Brandenburger Landtag das Volksbegehren jetzt annehmen wird, ist ein toller Erfolg für die Bürgerinitiativen, aber auch für DIE LINKE. Wir setzen uns mit Nachdruck weiter für ein bundesweites Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein. Ich werde das im Wahlkreis auch zum Wahlkampfthema machen. Der Erfolg der LINKEN in der Brandenburger Regierungskoalition ist jetzt starker Rückenwind für diese Forderung.“

Zu Gast im Europaparlament

Gemeinsam mit Harald Koch, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Mitgliedern der Landtagsfraktion DIE LINKE Sachsen Anhalt, Vertretern von OWUS, besuchten Mitglieder des Gesprächskreises Arbeitsgesetzbuch auf Einladung von Lothar Bisky (MdE) im September 2012 das Europäische Parlament während seiner Tagungswoche in Straßburg.

In einer interessanten Gesprächsrunde erläuterte Lothar Bisky Einzelheiten der Tätigkeiten der Linksfraktion im Europäischen Parlament und gab uns die Möglichkeit, an einer Sitzung zum Thema ESM im Plenarsaal des Europäischen Parlamentes teilzunehmen.

Unter Bezug auf die im vorigen Jahr mit den Vertretern der Fraktion Thomas Händel und Helmut Scholz und dem Gesprächskreis Arbeitsgesetzbuch in Brüssel geführte Diskussionsrunde wurde die Fraktion über den Stand der Arbeiten am Projekt „Arbeit und ihre nationalen und europäischen Rahmenbedingungen/Projekt Arbeitsgesetzbuch" informiert und Möglichkeiten einer weiteren konstruktiven Zusammenarbeit erörtert.

Dr. Steffen Hultsch

Gelungene Veranstaltung mit Justizminister Volkmar Schöneburg

Am 20. Februar fand in Potsdam-West die Veranstaltung zur Resozialisierung von StraftäterInnen vom Ortsverband DIE LINKE. Potsdam-West und der Linksjugend ['solid] Brandenburg statt.

Tina Lange, Mitglied im LandessprecherInnenrat der Linksjugend ['solid] Brandenburg und im Ortsvorstand DIE LINKE.Potsdam-West erklärte dazu: „Wir freuen uns sehr, dass über 60 Menschen die Veranstaltung besucht haben und damit ihr großes Interesse daran äußerten. Der Raum platzte aus allen Nähten, so groß war der Andrang." „Auch für einsitzende StraftäterInnen gelten Menschenrechte. Deswegen ist der starke Resozialisierungsansatz bei der Strafvollzugsreform des Justizministers Schöneburg (DIE LINKE) begrüßenswert. Erfolgreiche Resozialisierung ist der beste Opferschutz, weil nur sie künftigen Straftaten effektiv vorbeugt.", betonteTina Lange dazu weiter. (Ausführliche Berichterstattung in der Aprilausgabe)

Leitbilddebatte Brandenburg 2020



DIE LINKE verändert Brandenburg: gerecht, solidarisch, nachhaltig. Dabei setzen wir auf den Dialog als Mittel der Verständigung. Mit unserer Leitbilddiskussion Brandenburg 2020 wenden wir uns an alle, die den anstehenden sozial-ökologischen Umbau mitgestalten wollen. Wir setzen auf das selbstbewusste und kompetente Engagement der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die sich bereits in zahlreichen Verbänden und Vereinen, in Parteien und Kommunen, in Handwerkskammern, Religionsgemeinschaften und Umweltgruppen für eine nachhaltige Entwicklung dieses Landes in der einen Welt einsetzen.

Wir laden alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein, sich in die öffentliche Debatte um unser neues Leitbild einzumischen. Wir möchten einen gleichberechtigten und produktiven Dialog über eine nachhaltige Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen und allen Landesteilen von Brandenburg in Gang setzen. Mit Visionen und Tatkraft können wir Brandenburg zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger verändern!

Machen Sie mit!

Ab sofort können Sie Ihre Ideen, Hinweise und Vorschläge für das neue Leitbild Brandenburg 2020 einbringen, in dem Sie den Entwurf kommentieren. So können Sie mit dazu beitragen, ihn noch weiter zu verbessern. Nutzen Sie dafür bitte die neue Kommentarfunktion unter jedem einzelnen Kapitel. Bitte beachten Sie, dass die Kommentare erst frei geschaltet werden müssen, um Missbrauch zu vermeiden. Wir freuen uns, wenn Sie mitmachen! Diskutieren Sie mit uns unter: *http://www.brandenburg-2020.de/*

Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums

Als Antwort auf die meisten ökonomischen und sozialen Belange war die bisherige Status-Quo-Antwort: Wir müssen wachsen!

Weltweit und vor allem auch innerhalb der LINKEn muss vermehrt darüber nachgedacht werden, wie solidarisches und auch ökologisches Wirtschaften realisiert werden kann, und ob wir wirklich weiterhin so unkritisch am Wachstumsdogma festhalten wollen.

Ob wir wollen oder nicht wird jedoch nicht die einzige Frage sein, denn die Grenzen, die das System Erde uns auferlegt, sind spätestens seit der Publikation des Club of Rome 1972 bekannt.

Postwachstum ist keine hippe Bezeichnung irrealistischer Ökofantasien.

Ganz im Gegenteil: Dass es kein „Weiter so" mehr geben kann, ist nichts Neues. Die Liste an globalen Stoffkreisläufen , die wir bereits aus dem Lot gebracht haben, ist lang, und die Zusammenhänge sind komplex, und dass steigender Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum zusammenhängen, ist selbsterklärend. Aber ist es denn nicht möglich Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch weitestgehend vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln? Solche Bestrebungen gibt es zweifellos, dennoch können sie auch nur zum Teil abfangen, was andere Entwicklungen an Mehrverbrauch erzeugen. Beispielsweise kann eine Effizienzsteigerung eines Produktes nicht zwangsläufig zu einer Nettoverringerung des ökologischen Fußabdrukkes führen. Das globale Ölfördermaximum verlangt von uns, Wege in die postfossile Gesellschaft zu finden und diese auch zu gehen. Es geht keinesfalls nur um Einsparung und Verzicht, es geht viel mehr um Entrümplung, Entschleunigung, Suffizienz, ebenso um Partizipation, Teilhabe, Solidarität. Eine Postwachstumsgesellschaft kann vielseitig gestaltet sein, und es gibt logischerweise kein Patentrezept. Allen Bestrebungen gemeinsam ist jedoch der Fokus weg vom Wachstumswahn hin zu mehr Lebensqualität, sowie die Verknüpfung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Diskutiert mit! Ein Diskussionspapier zum Thema findet sich auf Nachhaltig-links.de *acoo*

Ein Arbeitnehmer schützendes Arbeitsrecht

Projekt „Arbeitsgesetzbuch" auf 69. Deutschen Juristentag in München vorgestellt

Prof. Henssler, Präsident des Deutschen Juristentages, beschreibt in seinem Grußwort die Bedeutung dieses wichtigen juristischen Gremiums wie folgt: "Auf der Grundlage wissenschaftlicher Gutachten und Referate diskutieren Juristinnen und Juristen aller Berufsgruppen und Fachrichtungen den Weg zu einem besseren Recht und fassen in Abstimmungen viel beachtete Beschlüsse. Der Deutsche Juristentag ist als unabhängiges Forum von breiter Sachkunde in der Politik bekannt und anerkannt...".

Umso bedeutsamer war das auf Initiative der Bundestagsfraktion DIE LINKE auf diesem Forum vorgestellte, gemeinsam mit der Rosa Luxemburg Stiftung erarbeitete Projekt des Entwurfes für ein Gesetz zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis.

In einer offenen, konstruktiven Atmosphäre begrüßten die Teilnehmer der Gesprächsrunde, hier vor allem auch der Präsident des Deutschen Juristentages, übrigens einer der Mitautoren des Arbeitsvertragsgesetzentwurfes der Bertelsmann-Stiftung, den Entwurf der LINKEN als entscheidende Anregung, ein in sich geschlossenes, übersichtliches und die Arbeitnehmer schützendes Arbeitsrecht zu schaffen.

Es wurde hervorgehoben, dass sich gerade aus der Bedeutung des Arbeitsrechts für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und seiner besonderen Rolle bei der Erhaltung des Sozialstaates ein politischer Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerkes ergibt.

Gerade diese Aspekte betonten in ihren einleitenden Bemerkungen auch die Mitglieder der Bundestagsfraktion DIE LINKE Jens Petermann als Mitautor des Gesetzesentwurfes und Nicole Gohlke.

Mit der Vorlage des vorgestellten Entwurfes eines Arbeitsvertragsgesetzes beginnt die Partei DIE LINKE diesen politischen Auftrag zu erfüllen.

Dr. Steffen Hultsch
Gesprächskreis Arbeitsgesetzbuch
Rosa Luxemburg-Stiftung Berlin
LAG Arbeitsgesetzbuch DIE LINKE Brandenburg
Mail: agb.hultsch@web.de

Der fatale Potsdamer Dreibund

Aktuell wird der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche von denen gewünscht und gefordert, die der folgenden Darlegung garantiert nicht nahe stehen. Aber eine neue Garnisonkirche ist ohne den „Tag von Potsdam“, an dem vor 80 Jahren zusammenfand, was längst zusammen gehörte, nicht zu machen. Bei den Feierlichkeiten am 21. März 1933 anlässlich der Reichstagseröffnung demonstrierten drei Kräfte den symbolischen Schulterschluss, die zuvor aktiv an der Zerstörung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik beteiligt gewesen waren, nämlich die alten kaisertreuen Eliten, die Evangelische Kirche und die nationalsozialistische Bewegung.

Warum sind diejenigen, die aktuell in Potsdam dem „Geist des Ortes“ nacheifern, so bewusst blind für diese Problemlage?

Wie der „Geist von Weimar“ wurde und wird auch der „Geist von Potsdam“ unterschiedlich interpretiert und je nach Gelegenheit instrumentalisiert. Dabei existieren grundsätzlich zwei Facetten. Die eine ist das Potsdam der toleranten und aufgeklärten Monarchen und die andere das Potsdam der Kasernen, des Drills und der Kriege. Als Klammer für beide fungierte der Protestantismus, der in der mächtigen Evangelischen Kirche seinen exekutiven Arm hatte.

Diskutiert man heute den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche, dann wird mit den Aspekten des „Geistes von Potsdam“ entweder für oder gegen den Wiederaufbau argumentiert. Drei Punkte werden in der Diskussion allerdings zu wenig berücksichtigt.

1. Die zwei Seiten des „Geistes von Potsdam“ besitzen wie die Interpretation der „Idee Preußen“ auch eine zeitliche Dimension. Als Hindenburg und Hitler in der Garnisonkirche den symbolischen Schulterschluss zelebrierten, war Preußen längst nicht mehr vom Geist der Toleranz und Aufklärung durchzogen. Stattdessen war „das friederizianische Potsdam“ damals „der Mutterboden des neuen Militarismus“, wie der Historiker Luciano Canfora feststellt. Mit dem im Kaiserreich aufgegangenen, oder anders ausgedrückt zum Kaiserreich gewordenen Preußen blieb Potsdam nur der Geist des Drills, der Kasernenzucht und der Disziplin, wodurch laut Karl Liebknecht „das stärkste Rückgrat in Gefahr [war], kurz und klein zu brechen [...].“

2. Die Rolle der Evangelischen Kirche bei der Zerstörung der Demokratie wird in der Nachkriegsgeschichtsschreibung weitgehend verschwiegen oder sogar „umgelogen“ wie Hartwig Hohnsbein kürzlich in der Zeitschrift „Ossietzky“ konstatierte und muss daher bei der Diskussion um den Wiederaufbau mitgedacht werden. Schließlich war es der bekennende Antisemit und Superintendent der evangelischen Kirche Otto Dibelius (DNVP), der „seine“ Kirche für den Festakt zur Verfügung stellte und in seiner Festrede sprach: „Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt [...]. Und wenn es um Leben und um Sterben der Nation geht, dann muss die staatliche Gewalt kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden, sei es nach außen oder nach innen.“

3. Der „Tag von Potsdam“ fügte dem „Geist von Potsdam“ eine weitere Komponente hinzu – nämlich sich selbst. Durch die Feierlichkeiten in der Stadt und der Beschwörung ihres „Geistes“, wurde das Ereignis somit selbst zum immanenten Bestandteil des „Geistes von Potsdam“. Seit dem 21. März 1933 war der „Geist von Potsdam“ nicht mehr nur der „Geist der Überhebung“ wie ihn der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kuhnt noch im Jahr 1925 umschrieb und schon gar nicht der „Geist der Toleranz“, wie ihn Christian Graf von Krockow noch 1981 in der ZEIT lobte. Der „Tag von Potsdam“ machte den „Geist von Potsdam“ auch zu einem faschistischen.

Wenn wir dem Urteil des Historikers Fritz Stern folgen, der in seinen Lebenserinnerungen diesen Tag als das „moralische Ende Preußens“ deutete, dann ist die Garnisonkirche das Symbol dieses Endes. Befürworter des Wiederaufbaus, die sich ähnlich wie Stern positiv auf Preußen beziehen und nicht müde werden, immer wieder auf die toleranten und aufklärerischen Elemente Preußens zu verweisen, argumentieren somit widersprüchlich, wenn sie den Ort des Untergangs ihrer Ideale wiedererstehen lassen wollen.

Christian Wienert,
Geschichtslehrer, Dortmund
(gekürzt/der vollständige Text: www.die-linke-potsdam.de)



Potsdamer Neonazis weiter präsent

Am 25. Januar 2013 hat das Antifaschistische Pressearchiv Potsdam (APAP) die Chronik neonazistischer Aktivitäten in Potsdam und Umgebung für das Jahr 2012 veröffentlicht. Im vergangenen Jahr waren mehr Flüchtlinge oder vermeintliche MigrantInnen Ziel rassistischer Attacken. Potsdamer Neonazis sind präsent - vor allem durch unangemeldete Fackelaufmärsche und Propagandaaktivitäten. Nach dem NPD-Austritt und Wegzug von Marcel Guse im November 2011 ist dem NPD-Stadtverband die wichtigste Führungspersönlichkeit weggebrochen. Außerdem sind mit dem Verbot der „Spreelichter“ und der damit verbundenen polizeilichen Ermittlungen auch Potsdamer Neonazis vermehrt staatlicher Repression ausgesetzt.

Die aktive Rolle spielen die „Freien Kräfte Potsdam“ mit ihrer Internetplattform „Infoportal Potsdam“. Im vergangenen Jahr organisierten sie mehrere Aktionen im Rahmen ihrer „Volkstodkampagne“. Mehrfach führten sie Demonstrationen, Kundgebungen und verschiedene Propagandaaktionen durch. Es ist davon auszugehen, dass diese Aktivitäten auch 2013 nicht abreißen werden.

Heraus stehende Ereignisse in vergangenen Jahr waren eine Kundgebung Potsdamer Neonazis in Grube, sowie drei NPD Kundgebungen in der Innenstadt, davon ein Demonstrationsversuch.

Die Chronik ist seit dem 26. Januar 2013 auf der Website http://www.apap.blogsport.eu. Nachfragen: apap@activist.com.

Historische Lehren für die Demokratie

Am Mittwoch, 20. März 2013, 18 Uhr, veranstaltet die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE.Potsdam ein Forum mit Podiumsdiskussion zum Thema „Vor 80 Jahren: Der Tag von Potsdam. Historische Lehren für die Demokratie“.

Ort: Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte, Am Alten Markt 9 (früher Altes Rathaus). Teilnehmer: Dr. Helmuth Markov (stellv. Ministerpräsident und Minister der Finanzen des Landes Brandenburg); Prof. Dr. Kurt Pätzold (Historiker, Berlin); Martin Vogel (Pfarrer in Potsdam, angefragt). Moderation: Matthias Krauß (Journalist, Potsdam).

Kundgebung vor der Garnisonkirche

Die Bürgerinitiative „Für ein Potsdam Ohne Garnisonkirche“ veranstaltet am Donnerstag, 21. März 2013 – dem 80. Jahrestag des „Tages von Potsdam“ - von 17.00 bis 19.00 Uhr eine Kundgebung. Direkt vor der Baugrube, auf dem breiten Bürgersteig vor dem Rechenzentrum (Dortustr./Breite Str.) – also am früheren Standort der Kirche wollen die Gegner des Garnisonkirchen-Wiederaufbaus ihren Protest laut werden lassen.

„Die Bürgerinitiative kann diesen Tag nicht verstreichen lassen, wir müssen uns in irgendeiner Form im öffentlichen Raum zeigen“, heißt es in dem Aufruf der BI, die ihre Kundgebung bewusst auf den „Tag von Potsdam“ gelegt hat. Die BI beruft sich in ihrem Protest unter anderem auf den Bürgerhaushalt, in dem die Forderung „Kein städtisches Geld für die Garnisonkirche“ bei den Teilnehmern weit an der Spitze lag. Außerdem hätten Stadt, Land und Kirche öffentlich erklärt, dass sie keine weiteren Gelder zur Verfügung stellen können. „Für ein Potsdam Ohne Garnisonkirche“ ruft alle PotsdamerInnen zur Teilnahme auf.

BI „Für ein Potsdam
Ohne Garnisonkirche“

BSE, ein Quicky und jede Menge Satire

Politischer Aschermittwoch der LINKE.Teltow mit Anneka Cooke, Jan Eckhoff und Helene Mierscheid

Wer sich am diesjährigen Aschermittwoch im Neuen Rathaus in Teltow einfand, bekam ein skurril-witziges Programm geboten. Experte für nichts und wieder nichts und Universalbesserwisser Jan Eckhoff wurde von Anneka Cooke, Reporterin der Tageszeitung „Mauz", zur Lage der Parteien und folgenden spannenden Erkenntnissen interviewt:



Der Berliner Speckgürtel sei von einer BSE-Epidemie befallen. Der dreiteilige Virus bestehe aus Bonner Beamten, Schwaben und Einheimischen. „Besonders gefährliche Mutanten sind Kreuzungen zwischen den schwäbischen und Berliner Varianten des Virus, sie werden zu Großmaultaschen", so Jan Eckhoff. Der dritte Teil des Virus entstammt einem Freilandexperiment, das die lebensverlängernde Wirkung von Parteiarbeit im hohen Alter untersuchte. Allein schon die Debatte um die Altanschließerproblematik rege einen regelmäßigen, beschwerdenfreien Stuhlgang an.

Helene Mierscheid, frühere Politik- und jetzige Lebensberaterin mit Studio im Berliner Regierungsviertel, die sich den psychosexuellen Problemen der PolitikerInnen annimmt, nahm sich auch der Traumata der Gäste an. Besonders die Angst, dass uns der Himmel auf den Kopf fallen könnte, konnte sie entkräften, denn es „sei ja nicht schlimm, ist eh keen Flieger drin!", denn wie wir weiterhin erfahren durften, habe ja Teltow die Flughafenpläne versteckt. Helene löscht ganz gerne mal Firewalls mit einem Eimer Wasser, rät Obama gegen die Tea-Party-Bewegung Kaffee zu trinken, und brachte den Gästen Gruppensex im Stehen mit bildhafter Anleitung und Chorstöhnen bei. Denn gegen Sorgen und Kummer hilft ihrer Meinung nach immer noch Sex, Drugs and Rock&Roll. Und gegen körperliche Gebrechen im Alter die Partei! *-acoo*

Ostermarsch 2013 in Potsdam

Friedenskoordination Potsdam und Soziale Bewegung Land Brandenburg rufen alle Bürger auf zum

12. Potsdamer Ostermarsch

80 Jahre „Tag von Potsdam" – für eine Welt ohne Krieg, Militarismus und Faschismus

am Samstag, d. 23. März 2013, in Potsdam

Auftaktkundgebung: 14.00 Uhr am Brandenburger Tor, Potsdam

Redner:
Uwe Hiksch (NFI, DIE LINKE),
Miriam Bürger (DGB),
Dr. Hedwig Raskob (Friedensspirale Potsdam)



Sudoku

	5	9		6		2	3	
		4				8		
			3		1			
	4		7		9		8	
7		3				5		2
	1		6		5		4	
			9		6			
		8				7		
	7	6		8		4	2	

Auflösung Februar

6	7	4	5	3	**2**	1	8	**9**
2	**1**	**5**	6	8	**9**	4	**3**	7
3	8	9	7	1	4	2	**5**	**6**
9	**2**	1	**8**	**6**	7	3	4	5
8	**4**	7	**9**	5	**3**	6	**2**	**1**
5	6	3	4	**2**	**1**	7	**9**	8
7	**3**	2	1	9	8	5	6	**4**
1	**9**	6	**3**	4	5	**8**	**7**	2
4	5	8	**2**	7	6	9	1	3

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Freitag, 08.03.2013, 19.00 Uhr:
Internationaler Frauentag - die diesjährige Veranstaltung im Nikolaisaal steht unter dem Motto: „FRAUEN STIMMEN GEWINNEN". Junge Künstlerinnen werden an diesem Abend auf ganz unterschiedliche Art und Weise ihre Stimmen darbieten. Anschließend gibt es für tanzbegeisterte Frauen und Männer den Tanz im Foyer mit DJ Brigitte Garden.

Sonntag, 10.03.2013, 10.00 Uhr:
Frühschoppen „Rathausreport live" im Bürgerhaus Stern*Zeichen, Stadtteil Stern, Galileistraße 37-39

Montag, 11.03.2013, 14.30 Uhr:
„Schloss und Park Klein Glienicke" - Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *

Dienstag, 12.03.2013, 14.00 Uhr:
„Musikalischer Rätselnachmittag" mit Manfred Bischoff. *

Freitag, 15.03.2013, 08.00 – 12.00 Uhr:
Ausgabe Rathausreport Nr. 2/2013 im Stadthaus, Raum 3.107, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Freitag, 15.03.2013, ab 14.40 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Sonnabend, 16.03.2013, ab 09.30 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Montag, 18.03.2013, 14.30 Uhr:
„Ein Filmnachmittag mit Werner Oelschlägel" *

Dienstag, 19.03.2013, 14.00 Uhr:
Stunde der Musik: „Volkstümliche Zitherklänge – Frühlingsmelodien zum Zuhören und Träumen". Leise Töne mit Liedern und Zitherklänge, mit Hausmusik und Kaffeetrinken von und mit Dr. Gudrun Zickler und Gisela Scharbert. *

Mittwoch, 20.03.2013, 18.00 – 20.00 Uhr:
Vor 80 Jahren: Der Tag von Potsdam – Historische Lehren für die Demokratie. Eine Veranstaltung von DIE LINKE.Potsdam. Ort: Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte, Am Alten Markt 9. **

Donnerstag, 21.03.2013, 17.00 – 19.00 Uhr:
Veranstaltung an der Garnisonkirche aus Anlass des „Tages von Potsdam"

Sonnabend, 23.03.2013, 14.00 Uhr:
Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen". Livekonzert mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci". *

Sonnabend, 23.03.2013, 14.00 – 16.00 Uhr:
Potsdamer Ostermarsch 2013 – Start am Brandenburger Tor.

Montag, 25.03.2013, 14.30 Uhr:
„Phantastische Tierwelt - wenn Tiere Eltern werden". Eine interessante Video-Reise mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 26.03.2013, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles". Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

Mittwoch, 27.03.2013, 18.00 Uhr:
Dr. Peter Kirchner spricht in der Alleestraße 3 zum Thema „Antisemitismus gestern und heute"

---

* Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonallee, Zentrum-Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung Potsdam, Dortustraße 53